

Sallesehe Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 470 Jahrg. 215 für Anhalt und Thüringen. Einzelpreis 5 Mark

Bezugspreis: monatlich RM. 150.— mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zustellgenossen entgegen.
Abend-Ausgabe
Anzeigenpreis: Die Spalte 24 mm breit mit 60 Zeilen 10.— A. Die Spalte 30 mm breit mit 40 Zeilen 12.— A. Abends nach 18 Uhr, Erklärungsbeitrag 50.—
Gesellschafts-Stelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6209
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Ein französisches Gewaltprogramm

Die altbekannte französische Hege gegen Deutschland

Bei einem Besuche, das die Pariser Kammerkammer veranstaltete, hielt der Finanzminister de Laferrière eine Programmrede, in der er erklärte, die Nichtanerkennung des Friedensvertrages sei die Ursache der finanziellen Schwierigkeiten. Da Deutschland keinerlei Leistungen auf das Reparationskonto geleistet habe, sei der französische Staat gezwungen, sich durch Anleihen für den Wiederaufbau des benötigten Summen zu beschaffen. Anstatt seinen Verpflichtungen nachzukommen, siehe es Deutschland vor, Frankreich zu machen. Hätte man beim Abschluß des Friedensvertrages die Einrichtung einer Schuldenkommission in Berlin verlangt und eine entsprechende Kontrolle der deutschen Finanzen organisiert, dann hätte man viel Schwierigkeiten vermieden. Die jüngst geschlossenen Abkommen, das von Wiesbaden und das Stinnes-Lubersack-Abkommen, hätten einen wirksamen Schutz vor dem Problem der Reparationsprobleme durch Sicherstellungen bedeutet. Ihre Durchführung müsse man sicherstellen und sie durch neue, wie Ausführung großer öffentlicher Arbeiten durch Deutschland vorzunehmen. Man müsse aber auch Deutschland zwingen, Ordnung in seine Finanzen zu bringen, damit es ausländische Anleihen abschließen könne. Bei der Reparationskonferenz werde die französische Regierung ein konkretes Programm vorlegen. Öffentlich würde auch das Problem der internationalen Schulden angesprochen werden. Angesichts des Verfalls Deutschlands sei Frankreich seit dem Waffenstillstand gezwungen gewesen, das Budget der von Deutschland zu erhaltenden Ausgaben auf dem Wege von Anleihen zu decken. Diese Ausgaben würden bis zum 31. Dezember 100 Milliarden übersteigen. Die Einnahmen einmündige hätte sich gegen 1000 mit 600 Millionen gesteigert, auch die Arbeitslosigkeit habe nachgelassen. Die Einnahmen in den Provinzen seien fortgesetzt. Die Steuern würden 2 Milliarden mehr einbringen. Um gegen Ende der Herbst des Jahres 1922 dem französischen Staatshaushalt eine Erleichterung von 8-9 Milliarden bringen.

Die Gegenbewegung in Amerika

W. London, 6. Oktober.
Einiger Exchange-Medien zufolge erklärte ein offizieller Vertreter der Vereinigten Staaten erneut, daß, bevor die Vereinigten Staaten bereit wüßten würden, Europa finanziell wiederzugestatten, die auswärtigen Länder sich bereit erklären müßten.

Italien vor einem Faschistenputsch?

Mailand, 6. Oktober.
In der Stadt Vercelli sind bereits mehrere tausend Faschisten versammelt, die in verschiedenen Schulhöfen Quartier bezogen haben. Der Abgeordnete Marinacci hat von der Mobilisierung aller Faschistenkräfte der Provinz Cremona angeordnet. Der Sitz des General-Kommandos wird von zahlreichen Truppenabteilungen besetzt. Der Faschistenführer de Sotgiu erklärte in einer Ansprache, Bogen sei die erste Etappe auf dem Wege nach Rom. Bogen bedeute für die Faschisten einen denkwürdigen Sieg. Die Faschisten bereitwillig die Mittelung, worin sie Cribato für die Lage in Süditalien verantwortlich machen und gleichzeitig erklären, daß die Faschistenabteilungen in der Bombardierung überall mobilisiert werden.

Friedenskonferenz in Smyrna

Am 20. Oktober — Ein Vorschlag der Angorregierung
W. London, 6. Oktober.
In der Antwort der Angorregierung auf die alliierte Einladung heißt es u. a.: Die Zusammenkunft in Smyrna werde in allen Punkten ausgeführt werden. Was die Friedensverhandlungen betreffe, so seien die Tüzen zur Entsendung von Vertretern bereit, um einen Vertrag zwischen der Türkei und Griechenland sowie den Alliierten abzuschließen. Die Note schloß vor, daß die Konferenz am 20. Oktober in Smyrna zusammenziele, und bedeutet, da eine wichtige Frage die künftige Kontrolle der Meerengen sei, daß Rußland, die Ukraine und Georgien nicht eingeladen werden seien.

Die Ernennung Barthous

Die Ernennung des bisherigen Außenministers Barthou zum französischen Delegierten in der Reparationskommission ist im gestrigen Ministerrat erfolgt. Die Ernennung wurde einstimmig und darauf nach

1. zu einer großen Verminderung der Ausgaben für militärische Streitkräfte,
2. zur Freigabe von ungefähr 60 Prozent der deutschen Reparationen,
3. zur Freigabe der hohemwertigen imperialistischen Bestrebungen, die zu einer Demoralisierung und zum Krieg führten.
Auf die Frage, ob die Vereinigten Staaten es sich leisten könnten, eine Zeit über den Gehalt der mehr als 11 Milliarden Dollar, die den Vereinigten Staaten zugeordnet werden, zu streiken, erwiderte der Vorkämpfer der amerikanischen Regierung mit Nachdruck: Nein.
New-York, 6. Oktober.
Auf dem Kongreß der Vereinigung amerikanischer Bankiers trat der Präsident der Vereinigung, Thomas Mac Adams, für eine Herabsetzung der Reparationsforderung als einziges Mittel ein, um eine weitere Demoralisierung der deutschen Industrie zu verhindern. Frankreich müsse als Bedingung für eine amerikanische Hilfe einen Ausgleich seines Budgets und die Herabsetzung der Präfekturkräfte vorsehen, da die jetzige Präfekturkräfte eine Produktionskraft schweben. Frankreich müsse sich auf eine Regelung der internationalen Schulden bereit finden; manche Schuld könnte prolongiert, manche annulliert werden, aber es dürften auch die Kriegsgewinne gewisser Länder nicht vergessen werden. So dürfe England nicht vergessen, daß es im Weltkrieg 400000 Quadratkilometer Land erworben habe.

Nach einer Habermahlung aus Washington ist das Schicksal der Meinung, daß die Anziehung Mac Adams zur Frage der internationalen Schulden an der Sache nichts ändere. Was die etwaige Herabsetzung des Kapitals anlangt, erklärten hochrangige Persönlichkeiten des Amtes, daß die Schuldenfunktionskommission sich nur nach dem Kongreß richten könne, der sie bis jetzt lediglich ermächtigt habe, angemessene Bedingungen für die Rückzahlung zu formulieren. Man gebe zu, daß die Kommission noch vorangekommene Untersuchung und Beratung mit den Vertretern der auswärtigen Mächte dem Kongreß die Lage eines Landes im besonderen auseinandersetzen könne, um die Bedingungen für die Rückzahlung entsprechend zu fassen. Andererseits sei man im Schicksal jedoch der Ansicht, daß jede allgemeine Herabsetzung oder Streichung der internationalen Schulden für die allgemeine Lage der Welt von Nachteil wäre. Jedes Kongreß, das als Zahlungsvereinerung seitens einer souveränen Regierung zu betrachten wäre, würde ihrem Kredit einen nicht wieder gut zu machenden Schaden zufügen und die Annulierung der Schulden seitens gewisser Länder würde den Kongreß in Vertrauen in ihre Staatspapiere nur verstärken. Das Schicksal habe aber nicht die Ansicht, sich als Gläubiger unermäßig zu zeigen. Es sei der Ansicht, daß die Rückzahlung seitens Englands außer Zweifel stehe und daß Frankreich und die anderen Nationen von Bedeutung sich auf Grund eines sorgfältig aufgestellten Konfolutionsplanes ihrer Verpflichtungen entziehen würden.

Rücktritt des tschechischen Kabinetts

Prag, 6. Oktober.
Ministerpräsident Beneš hat dem Präsidenten der Republik die Demission des tschechischen Kabinetts angeboten, das vorläufig die Geschäfte weiterführen wird.

Der deutsch-russische Handel

Nach dem „L.“ hat gestern nachmittags in Berlin auf Einladung des Reichsverbandes der deutschen Industrie eine Sitzung stattgefunden, an der verschiedene hervorragende Industrielle, Ministerialdirektor Graf v. Helldorf als Vertreter des Auswärtigen Amtes und der Leiter der russischen Handelsvertretung, Simonow, teilnahmen. Auch Vertreter von Krupp und Stinnes waren anwesend. Die Besprechungen galten der Frage, mit welchen Mitteln die deutsch-russischen Handelsbeziehungen gefördert werden könnten; sie sollen nachfolgend fortgesetzt werden.

Frankreich darf alles

W. London, 6. Oktober.
Zwei französische Militärflugzeuge landeten ohne vorherige Erlaubnis auf dem hiesigen Flughafen und setzten ohne Protest des Vorpostens gegen die unerlaubte Landung den Flug nach Luzern fort. Die Regierung hat gleichfalls gegen die Vertragsverletzung protestiert.

Dollar: 2250 nach 2175

Deutsch-Südtirols Leiden

Von Dr. Hanske, Wien.
In den letzten Wochen hat sich das Interesse für die österreichisch-italienische Situation stark abgeflacht; insbesondere aus Seiten der Deutscher. Daß dieser politische Ausweg von Dr. Seipel teilweise klar in den Vordergrund gerückt wurde, hatte wenigstens das Gute, daß die gegenseitige Eiferjuder der in der österreichischen Frage möglichen Staaten geweckt wurde, so daß dadurch die Garantieung des Völkerbundescredits für Österreich erleichtert wurde. Mit dem Gelingen der Völkerbundaktion für Österreich entfällt aber zugleich die Notwendigkeit einer Erkläraktion der kaiserlichen Österreichs, wobei vor allem Italiener und Tschechen sich hätten betätigen müssen. Die politische Erinnerung an die Tschechen aus der Zeit Mittelalters und an die Italiener aus der jüngsten Zeit ist aber bei den Deutschösterreichern keine allzu einladende. Namentlich nicht, seitdem der Terror der Faschisten in Südtirol wieder läppig in die Halle mündet.
An der Ungeheimtheit, mit der unsere deutschen Volksgenossen südlich des Brenner vergetraut werden, kann man vor allem die Machtlosigkeit der italienischen Regierung gegen die Faschisten erkennen. Bogen und Meran sind seit 1919 Stätten eines nationalen Martyriums. Die Absicht der Faschisten geht u. a. dahin, die Bevölkerung zur Hinführung der Trifolore zu zwingen. Ein Beispiel: In der Nacht des letzten italienischen Staatsfeiertages wurde dem Wiener Bankverein in Bogen die große Gasthof in der Pfarrgasse geräumt. In dem letzten Staatsfeiertage wieder nicht gefolgt war, wurden in der Feierabendstunde auch die beiden Franziskaner getötet. Dies um halb 12 Uhr in einer der beschrifteten Gassen. Eine andere Art der Erpressung: Seit einigen Wochen geben Faschisten von Gehäuf zu Gehäuf, um Annoncen für ein in Meran erscheinendes lokalität redigiertes Blatt zu sammeln. Die meisten Kaufleute annoncierten, da sie andernfalls Gewalttätigkeiten befürchteten. Direkt an die Städte Bogen und Meran stellten die Faschisten eine Reihe von Forderungen nach doppeltsohrader Strafenbenennung, Kundmachungen je einer Kirche und einem Schulbesuche, in Bogen sogar nach Abkündigung des Bürgermeisters Dr. Perathoner und Auflösung der autonomen Völkerei.
Verlust und Eigentum eines Deutschen sind längst bögrelig geworden. Niemand weiß, ob er den heutigen Tag noch überlebt oder ob er in der Nacht zum Bettler gemacht wird. Mit Rücksicht auf die fete Wirtschaftsinflation ist es den Bürgern unmöglich, eine Selbsthilfsaktion einzuleiten oder sich zu verteidigen. Angesichts der Wirkungslosigkeit gegen Faschisten werden stets unterdrückt, nach wie wurde ein Faschist der Straße zugeführt. Kinder deutscher Familien werden über Fiktionsübergabe von der Regierung in die italienische Schule gepreßt, obwohl sie von der eigenen Regierungskommission als deutsche Kinder anerkannt wurden. Die berüchtigte der Faschisten, die besagt, daß Familien ihre Kinder in die italienischen Schulen schicken müssen, wird ganz illegal auch auf Kindergarten ausgedehnt, so daß es weiter italienisch erklären Familie möglich ist, ihre Kinder in einen deutschen Kindergarten zu jenden. Dabei steht das Niveau der italienischen Schule weit unter dem der deutschen.
Die Presse wird in besonderer Weise überwachet; wiederholt erschien eine Abordnung der Faschisten und verlangte italienische Schweideweise, widrigenfalls die Redaktionen zerstört würden; die Folge ist, daß eine objektive Bericht-erstattung nicht mehr Platz greifen kann.
Will die italienische Regierung den Faschismus in Südtirol frei gewähren lassen, so stellt sie sich mit den Voraussetzungen in Widerspruch, unter denen der Friedensvertrag abgeschlossen wurde. Zu den primitivsten Verpflichtungen eines Kontrahenten gehört der Schutz des Lebens und Eigentums seiner Bürger. Es wird niemand sehr viel brauchen, um den Mächten die Überzeugung beizubringen, daß es Armenterquell aus in Europa gibt. Die juristische Grund-lage für eine Intervention des Völkerbundes ist schon dadurch gegeben, daß in seinen Satzungen ausdrücklich die Verpflichtung der Bundesmitglieder aufgestellt ist, „der eingeborenen Bevölkerung in der ihrer Verwaltung unterstellten Gebieten eine gerechte Behandlung“ angedeihen zu lassen.
Aber die italienische Regierung nicht imstande, die Südtiroler vor den Faschisten zu schützen, so sind die Maßnahmen Italiens im Interesse der eigenen Lebensbedingung, die Freiheiten der Mächte heranzuziehen, das geeignet ist, die Gefahren einer Anarchie in Italien für die kaiserliche Regierung zu beseitigen. Es gibt gar gewaltig in Südtirol. Und die Faschisten werden bald erkennen müssen, daß die Eßene Jahres Sofer nicht so leicht unterdrückt sind wie eine die italienischen Staatsbürger oder Eisenbahner.

